

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

335 (6.12.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Dienstag, 6. Dezember

1. Blatt

№ 335

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Angehörigen des Badischen Militärvereins-Verbandes die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen königlich-preussischen Auszeichnungen zu erteilen, und zwar:

für den Kronenorden zweiter Klasse:

dem Obersten a. D. Eugen von Christmar in Freiburg;
für den Roten Adlerorden vierter Klasse:

dem Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Robert Süpke in Leipzig, bisher beim Oberlandesgericht Karlsruhe, und

den Gymnasialprofessoren Hermann Fischer in Karlsruhe und Dr. Konstantin Föhlich in Wertheim;

für den Kronenorden vierter Klasse:

dem Kaufmann Wilhelm Kiefer in Zell i. W., dem Bankassessor Karl Haenger in Mannheim und den Hauptlehrern Jakob Vossert in Gundelfingen und Adolf Sterk in Hartheim;

für das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens:

dem Bürgermeister, Landwirt Johannes Lehmann in Seddesheim,

dem Bürgermeister, Gastwirt Karl Hauf in Rheinbischofsheim,

dem Ratsschreiber Jakob Brecht in Michelfeld und dem Zimmermeister und Bezirksbauinspektor Albert Sütterle in Zell i. W.;

für das Allgemeine Ehrenzeichen:

dem Polizeidiener Friedrich Wolf in Breitenbrunn und dem Galvaniseur Srenäus Doller in Erfingen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Labiau-Wehlau.

Das Resultat der Wahl im ostpreussischen Reichstagswahlkreis Labiau-Wehlau wird von den meisten Zeitungen als ein bedeutendes politisches Ereignis eifrig erörtert. Sie und da wird die Wahl geradezu als Stichprobe auf die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen bezeichnet. Das Ergebnis ist, wie schon kurz mitgeteilt, Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem fortschrittlichen Kandidaten, eine Wahl, bei der die sozialdemokratischen Stimmen den Ausschlag geben werden. Was das Stimmenverhältnis bei der Hauptwahl anbetrifft, so haben die Liberalen beträchtlich gewonnen, die Konservativen gegenüber der letzten Wahl vom Jahre 1907 erheblich verloren, und die Sozialdemokraten ihren Bestand ungefähr gewahrt. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen hat der konservative Bewerber mit 7216 Stimmen noch einen Vorsprung von annähernd 1700, büßt gegen die Hauptwahl vom Jahre 1907, wo 11 575 konservative Stimmen abgegeben wurden, rund 4350 ein und kommt ungefähr wieder auf den Stand von 1903 mit 1127 Stimmen. Der liberale Kandidat steigt gegen die Hauptwahl von 1760 Stimmen auf 5527, also um rund 3750. Gegen 1903, wo 2021 liberale Stimmen abgegeben wurden, beträgt der Zuwachs 3500. Die Sozialdemokratie hat es auf 3708 Stimmen gebracht. Das bedeutet zwar gegenüber der Hauptwahl von 1907, wo 3179 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, eine Zunahme um etwas über 500, jedoch wird der Stand von 1903 mit 5066 Stimmen nicht annähernd erreicht.

Von Preßstimmen sei zunächst das konservative Hauptorgan, die „Arenzzeitung“, zitiert, die u. a. schreibt: „Wenn aber auch durch das Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den Liberalen der Verlust des Mandats für Labiau-Wehlau in anscheinend greifbare Nähe gerückt ist, so dürfen unsere Parteifreunde die Wächse keinesfalls ins Korn werfen. Denn noch immer ist bei scharfer Aufklärungsarbeit die Erhaltung des Mandats möglich. Die Liberalen stellen das Zurückdrängen der Konservativen in Labiau-Wehlau mit dem Mandatsverlust in Oletzko-Lud in Parallele. Sie haben damit nicht ganz unrecht. Denn in beiden Wahlkreisen hat es sich gezeigt, daß auf konservativer Seite die politische Arbeit jahrelang arg vernachlässigt worden ist. Die feste Mahnung, nicht erst kurz vor den allgemeinen Wahlen tätig zu sein, sondern unausgesetzt zu arbeiten und mit den Wählern enge Fühlung zu behalten, ist gerade in Ostpreußen leichtfertig in den Wind geschlagen worden. Man glaubte dort, trotz der angelegentlichsten liberalen Propaganda der Wähler sicher zu sein. Ja, man

scheute anscheinend davor zurück, die konservative Bevölkerung politisch aufzuklären.“

Die „Königliche Volksztg.“, das führende Zentrumsblatt vom Rhein, bemerkt:

„Wenn man die früheren Wahlen vergleicht, so erkennt man, daß ein starker Prozentsatz liberaler Wähler in dem Kreise vorhanden ist, der je nach der politischen Konjunktur weiter nach rechts oder nach links rückt. Nur so dürfte es zu erklären sein, daß alle Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der Polen, den Wahlkreis besessen oder in der Stichwahl darum gekämpft haben. Zweifellos sind viele nationalliberale Elemente im Kreise vorhanden, die 1907 konservativ gewählt haben, 1903 zu Hause blieben und jetzt für den liberalen Kandidaten eingetreten sind, der nach seinen Wahlreden ebenso gut nationalliberaler wie freimüthiger Abgeordneter werden könnte. Gewinnt den Kreis der Freisinn, so ist ein neuer bezahlter Zufallsieg, der durch die auf einen Punkt vereinigte Agitation, wie sie nur bei einer Nachwahl möglich ist, erreicht wurde. Siegen die Konservativen, so ist gleichfalls nichts mehr als ein Zufallsgewinn. In beiden Fällen haben die Konservativen dafür zu sorgen, daß die 3000 bis 4000 fluktuierenden Wähler, die bald links, bald rechts rücken, durch eine systematische politische Aufklärungsarbeit geschult und damit zu einem festen Parteibestand werden.“

Die „Königliche Zeitung“ führt aus:

„Das Ergebnis ist kläglich. Die Konservativen, die den Wahlkreis seit 1884 ununterbrochen im Besitz gehabt haben, sind in eine Stichwahl gedrängt worden, deren Ausgang ihnen ganz sicherlich viel Kopfzerbrechen machen wird. Die Konservativen haben, mag das endgültige Ergebnis so oder so ausfallen, eine empfindliche Schlappe erlitten; Oletzko steht nicht mehr vereinzelt da; Labiau-Wehlau ist ein Glied in einer Kette konservativer Niederlagen, die auch Herr v. Sodenbrand, wie er in diesen Tagen in Stettin berichtet, vorausahnt. Das ist die eine Lehre, die man aus dieser interessanten Stichwahl schöpfen muß; die andere wird den Konservativen womöglich noch peinlicher sein. Sie predigen als Evangelium, daß der Sturm, der durch das Volk geht, nicht so sehr den Konservativen, als den Liberalen die Fehler vertuscht und daß die Sozialdemokratie alles in ihren Schuhen sammelt, was den anderen Parteien verloren geht. Die Zahlen von Labiau-Wehlau widerprechen dieser Auslieferung ganz energisch. Die 4500 Stimmen, die den Konservativen verloren gegangen sind, hätten nach dem konservativen Klischee die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen verstärken müssen; in Wirklichkeit sind sie fast alle auf den freisinnigen Kandidaten gefallen; nur wenige hundert haben den Weg ins sozialdemokratische Lager gefunden. Der Ausgang der Hauptwahl in Labiau-Wehlau ist für den Liberalismus ermutigend; mag die Stichwahl, deren Ergebnis von der Haltung der Sozialdemokratie abhängt, ausfallen, wie sie will, auch Labiau-Wehlau ist eine aus dem deutschen Bauernstand heraus gegebene Antwort, daß die neuerdings so viel befehdete Haltung der liberalen Parteien bei der Reichsfinanzreform dem Empfinden und dem Willen der breiten Massen des werktätigen Volkes entspricht.“

Die „Straßburger Post“ schreibt:

„Schon vor der Senation von Oletzko-Lud-Nohannisburg machten sich allerhand Anzeichen dafür bemerkbar, daß die Monopolstellung der Konservativen in den ländlichen Wahlkreisen im Osten einen schweren Stoß erlitten habe, daß in bäuerlichen und Kleinbesitzkreisen der Groll einen so intensiven Grad erreicht habe, daß mit einer Emanzipation der ländlichen Bevölkerung vom konservativen Parteiregiment zu rechnen sei. Oletzko-Lud hat dann in einem selbst die ausweichendsten Hoffnungen weit übersteigenden Maße die Wichtigkeit der Diagnose bestätigt, und alle Wahlkreise, in denen die Liberalen gearbeitet haben, zeigen die gleichen Symptome. Was Jahrzehnte mühseliger Arbeit nicht vermochten, das hat mit einem Zauberschlag die verfehlte Politik der Konservativen zutage gebracht: die brutale Interessenswirtschaft bei der Finanzreform, die unbefähigte, rücksichtslose, Vertreibung des Fürsten Bülow, ihres Wohltäters, und der Abbruch des kulturwidrigen Bündnisses mit dem Zentrum, das in der Bevölkerung Ostpreußens eine ganz besonders tiefgehende Empörung hervorgerufen hat.“

(Telegramm.)

Berlin, 4. Dez. Als Stichwahlparole für Labiau-Wehlau gibt die Sozialdemokratie nunmehr offiziell den Beschluß auf Stimmabgabe für den liberalen Kandidaten Wagner aus.

Deutsches Reich.

Die „Konservative Korrespondenz“

fordert parteiunabhängige Maßregeln gegen die Sozialdemokratie. Im wesentlichen sagt die Korrespondenz folgendes: Man braucht noch nicht gleich zur Forderung eines förmlichen Ausnahmegesetzes, wie wir es früher hatten, vorzugehen. Eine Aufgabe von der Größe und Bedeutung der hier besprochenen läßt sich überhaupt nicht durch eine einseitige Maßnahme erreichen. In den Vordergrund tritt vielmehr zunächst nur eine Fortbildung des gemeinen Rechtes mit dem Ziele einer Bekämpfung der sozialdemokratischen Zwangsherrschaft, die sich nachgerade auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens geltend macht. Die staatsbürgerliche, wirtschaftliche, soziale und persönliche Freiheit des loyalen Staatsbürgers muß

wirksamer als bisher gegen Terrorismus geschützt werden. Das Eingreifen der Staatsgewalt in diesen Dingen herbeizuführen, ist Sache der Regierung. Die konservative Partei erwartet nicht, daß die notwendigen Maßregeln schon von heute auf morgen ergriffen werden, aber sie ist der Überzeugung, daß in nicht zu ferner Zeit der Weg gefunden und, unter Umständen auch gegen einen widerstrebenden Reichstag, bis zu Ende gegangen werden muß.

Zum Moabiter Prozeß.

Verschiedene Zeugen haben in dem Moabiter Prozeß bestimmt bekundet, daß nach ihrer Ansicht eine planmäßige und einheitliche Leitung der Straßenrevolte in Berlin-Moabit zu konstatieren sei. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen Artikel der „Täglichen Rundschau“, worin deren Berichterstatter über seine Eindrücke und Urteile als Augenzeuge folgendermaßen berichtet: Es gab Drahtzieher, Leute, die in der Nachbarschaft wohnten und am Tage in den Fabriken ringsum arbeiteten, denen offenbar daran gelegen war, um jeden Preis Zusammenrottungen mit der Polizei zu bringen, Zusammenstöße, bei denen sie selbst keineswegs beabsichtigten, ihre Haut zu Markte zu tragen. Wozu auch? Es genügte, wenn der Mob und wenn die Reugierigen, noch besser, wenn Anwohner, die nicht mittun wollten, oder wenn gar harmlose Passanten von der Polizei Schläge bekamen! Dann ließ sich hübsch über die Brutalität der Polizei schreiben; und die Aufregung im Publikum und in dem von vornherein vielleicht weniger aktionslustigen Teil der Arbeiterschaft war mit einem Schlage da. Die aber brauchte man für die damals vermeintlich bevorstehenden Ausperrungen in der Metallindustrie und die Zwischenfälle, die im Zusammenhang mit ihnen zu erwarten waren. Man sah diese Leute deutlich bei ihrer Arbeit, wie sie von der letzten Reihe der Menge aus bestanden, dann als erste ausriffen, wenn die Schutzleute blank zogen, und in den nächsten Haustüren verschwanden. Am 27. September nachts waren solche Aufwiegler noch in Menge tätig. Am 28. waren sie verschwunden. Das mot d'ordre wirkte; das Risiko war seit dem Eingreifen der Kriminalpolizei zu groß geworden, und das einseitige Ziel der Unruhen überdies erreicht. Am selben Tage hörte auch das Revolverknallen und das Blumentopfwerfen wie durch Zauber auf.“ Daß jene Drahtzieher der sozialdemokratischen Partei angehört hätten, wird übrigens in jenem Bericht nicht behauptet.

Heer und Marine.

Über die Forderung von Maschinengewehrkompanien des Militäretats 1911 sind insofern einige irriige Anschauungen verbreitet worden, als vielfach angenommen wird, es handele sich hier um eine völlige Neuschöpfung. Das ist aber, wie wir festzustellen in der Lage sind, keineswegs der Fall. Vielmehr bestehen die 107 Maschinengewehrkompanien, die im neuen Etat gefordert werden, bereits seit mehreren Jahren, aber sie sind bis jetzt nur als Versuch errichtet und befinden sich im Etat der Infanterieregimenter. Das bedeutet, daß in den Regimenter diejenigen Stellen fehlen, die für die Aufstellung der Maschinengewehrkompanien gebraucht werden, also bei dem einzelnen Regiment etwa 4 Offiziere, 6 Unteroffiziere, 60 Mann. Die Pferde sind durch Abgabe aufgebracht, nur das Material ist im Rahmen des Etats beschafft. Man findet die Maschinengewehrkompanien auch in feiner Rangliste. Tatsächlich hat aber bereits jetzt jede Infanteriebrigade im Durchschnitt eine Maschinengewehrkompanie. In Anbetracht der Beschränkung, die uns der Stand der Reichsfinanzen auferlegt, soll allerdings nicht der volle Mannschaftsstand, auch nicht die ganze Offizierszahl auf den Etat der neuen Maschinengewehrkompanien übernommen werden. Die Bedeutung der Maschinengewehrkompanie, soweit sie Schulter an Schulter mit der Infanterie kämpft, steht außer allem Zweifel. In Frankreich, wo doch das Menschenmaterial knapp ist und immer kostbarer wird, hat man bereits bei jedem Infanterieregiment und Jägerbataillon je eine Sektion Maschinengewehre (3 Stück) und will sie auf das Doppelte vermehren. Ebenso verfügt Island über mehr Infanterie-Maschinengewehre als das deutsche Heer.

• Übersicht.

Der Reichskanzler hat an sämtliche kaiserliche Missionen und Konsulate einen Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wie hier namentlich durch Mitteilungen der Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie bekannt geworden ist, lassen Ausstellungs-Agenten, Medaillenhändler usw. nicht selten Urkunden, die über die Verleihung von Auszeichnungen aus Anlaß von Ausstellungen zweifelhaften Charakters ausgestellt sind, amtlich beglaubigen. Es soll hierdurch der Anschein erweckt werden, als ob der Inhalt der Urkunden amtlich anerkannt worden sei. Derartige Beglaubigungen sind geeignet, über den wahren Charakter der Ausstellungen und den Wert der verliehenen Auszeichnungen Täuschungen zu erwecken und den unlauteren Wettbewerb zu fördern. Dies gibt mir Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es unbedenklich und angezeigt ist, Anträge auf Legalisierung abzulehnen, wenn der Inhalt des zur Beglaubigung vorgelegten Schriftstückes geeignet ist, eine Täuschung des Publikums herbeizuführen, also unlauteren Zwecken zu dienen.“

Für das Königreich Bayern ist vom 19. Oktober 1910 an ein Landes-Fremdenverkehrsrat gebildet. Dieser Rat hat nachfolgende Aufgaben: 1. in wichtigen Fragen, die das Fremdenverkehrsweesen in Bayern berühren, gutachtliche Äußerungen an die Staatsministerien abgeben, 2. gemeinsame Angelegenheiten der in ihm vertretenen Verbände bearbeiten und bei der Staatsregierung vertreten und 3. sich über die Verwendung der zur Förderung des Fremdenverkehrs bereitgestellten staatlichen Mittel gutachtlich äußern und die Verwendung überwachen. Der Verkehrsrat kann innerhalb des ihm zugewiesenen Wirkungsbereiches Anfragen, Wünsche und Bitten.

Die „Königliche Volksgemeinschaft“ meldet aus Rom: Ein Dekret der Konsistorienregulation vom 18. November, nicht ein Motu proprio, wie ursprünglich gemeldet, verbietet den Weltgeistlichen und Ordensleuten, Verwaltungsstellen in wirtschaftlichen Instituten wie Volksbanken und landwirtschaftlichen Kassen anzunehmen. Der Papst wünscht zwar, daß sich der Klerus an derartigen Unternehmungen rege beteilige, er ist aber dagegen, daß Geistliche die Ämter eines Präsidenten, Schriftführers, Kassierers oder Direktors annehmen, weil solche Ämter sich nicht im Einklang mit dem priesterlichen Berufe befinden. Alle Geistliche, welche derartige Ämter inne haben, haben innerhalb vier Monaten zu demissionieren.

Die „Magdeburger Ztg.“ bringt die Meldung, daß es im Jahre 1897 zu einem, allerdings nicht abgeschlossenen Staatsvertrage zwischen Österreich und der sächsischen Regierung gekommen sei, der die Einführung von Schiffsabgaben vorsehe. Wie die „Leipz. N. N.“ aus Regierungskreisen mitgeteilt wird, sind diese Angaben vollständig unzutreffend.

Der Reichstagsabgeordnete Gaußmann hatte in einem Artikel der „Voss. Ztg.“ gesagt, der dritte Band der Erinnerungen Bismarcks sei dem deutschen Volke unterzulegen worden. Daraufhin stellte der Cottische Verlag in einer Zuschrift an die „Voss. Ztg.“ fest, daß der „dritte Band“ von ihr bestimmungsgemäß als Verzichtnis des Fürsten Bismarck an das deutsche Volk treu behütet und zu gegebener Zeit veröffentlicht werden wird. Schwerden an die Staatsministerien richten.

Nach der „B. Z. am Mittag“ wird der frühere Staatssekretär Bernhard Dernburg, der jetzt wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, Anfang des nächsten Jahres, wahrscheinlich schon im März, eine zweite Asienreise antreten. Er beabsichtigt dann auch einen längeren Aufenthalt im Schutzgebiet Kiautschou zu nehmen, da er in Tsingtau infolge der dort erhaltenen Nachricht vom Ableben seiner Tochter nur zwei Tage verweilen konnte.

Literatur.

• Die russischen Klassiker.

Es gibt in Europa kein Land, das für uns Deutsche so voller Rätsel ist, wie Rußland, und es gibt nur wenige Nationen, die uns ein ähnlich starkes Interesse abnötigen, wie die russische. Dieses Interesse hat seinen guten Grund: das Nischenreich des Zaren gilt — ob mit Recht, bleibe dahingestellt — als das Land der staatlichen und kulturellen Zukunft und es ist das heilige Bollwerk europäischer Zivilisation gegenüber dem immer mächtiger werdenden Mongolentum. Mit demselben Augenblick, da Japan sich zur Großmacht aufschwang, hat Rußland als der europäische Staat, der der nächste und gewichtigste Nachbar Japans ist, auch in unseren Augen weltpolitische Bedeutung erlangt. Nicht nur die Geschichte, nicht nur die große Revolution ist es, die unsere Gebildeten gen Osten blicken läßt, nein, dem weiter und tiefer schauenden enthüllt sich Rußland als das im einzelnen noch vielfach räthelhafte, im ganzen aber bereits deutlich wahrnehmbare Gebilde einer werdenden Kulturmacht großen Stiles.

Die Literatur dieses Landes kennen zu lernen, wird deshalb für jeden, der sich bemüht, auf dem Boden tiefer Vaterlandsliebe einen gefunden geistigen Kosmopolitismus zu betreiben, von besonders hohem Reize sein. Dem Verlangen nach dieser Kenntnis kommt jetzt der hier schon mehrfach mit Auszeichnung genannte Münchner Verlag von Georg Müller in umfassender Weise mit seinem großen Unternehmen „Die Meister des russischen Schrifttums in Gesamtausgaben“ entgegen.

Zum „Fall Vogt“ äußert sich jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Vogt (Holl) selbst in der Stuttgarter Deutschen Reichspost. Seine Erklärung ist, wie die „Köln. Volksztg.“ schreibt, belanglos, da sie die Tatsachen nicht in Abrede stellen kann. Das rheinische Zentrumblatt bemerkt dann weiter: Wir können die Akten über diesen Fall schließen, und dies um so mehr, da eine Wiederaufstellung des Herrn Vogt doch sicherlich nicht mehr in Frage kommt.

Die Kasseler nationalliberalen Vereine haben den Landtagsabg. Dr. Schröder als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Kassel-Nelungen aufgestellt. Die Fortschrittliche Volkspartei, der Bauernbund, der Hanjebund und der Innungsausschuß als Vertreter von 2000 Handwerkern haben ihre Unterstützung für diese Kandidatur zugesagt.

Die Anarcho-Sozialisten haben in Dortmund ein Flugblatt unter der Bergarbeitergesellschaft verteilen lassen, in dem der Generalstreik empfohlen und die Anwendung der Sabotage nahe gelegt wird. Das Dortmunder Amtsgericht hat das Flugblatt sofort nach seinem Erscheinen beschlagnahmten lassen.

Ausland.

Das italienische Budget.

Rom, 4. Dez. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer trug Schatzminister Tedesco das Finanzexposé vor. Der im Etat für 1909/10 vorgesehene Überschuß von 48 Millionen Lire hat sich infolge der später erlassenen Gesetze auf 26 Millionen ermäßigt. Der Rechnungsabluß ergibt jedoch einen Überschuß von beinahe 51 Millionen Lire; davon sind aber 35 Millionen für die Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes sowie für die Opfer des Erdbebens vom Dezember 1908 verwendet worden. Der vorläufige Etat für 1910/11 wies einen Überschuß von 47 Millionen Lire auf, der infolge einer durchaus berechtigten höheren Veranschlagung der Einnahmen auf 94 Millionen stieg. Der Voranschlag für 1911/12 sieht einen Überschuß von 51½ Millionen Lire vor, wobei ein Fehlbetrag von 23 Millionen infolge der vermehrten Schuldenentlastung bereits bedrückend ist.

Die Deputiertenkammer folgte dem Finanzexposé Tedescos mit gespannter Aufmerksamkeit und gab wiederholt ihrer lebhaften Zustimmung Ausdruck. Luzzatti und alle Minister beglückwünschten Tedesco, ebenso Giolitti und Abgeordnete aller Parteien.

Die auswärtige Politik der Türkei.

Konstantinopel, 4. Dez. Die Kammer nahm gestern die Antwortadresse auf die Thronrede an. Redner sämtlicher Parteien betonten, daß die Annahme der Adresse kein Votum für die Politik der Regierung bedeute. Der Großwesir verlas dann sein Exposé. Er stellte die vortrefflichen Resultate der albanischen Expedition fest, begründete die Notwendigkeit, die mazedonische Bevölkerung zu entwaffnen und erklärte, daß die Anwendung des Kirchengesetzes die griechisch-bulgarischen Konflikte abgeschwächt habe. Die Lage im Yemen sei nicht beunruhigend. Der Großwesir schilderte sodann die Einzelheiten der geschiederten Anleiheverhandlungen mit Frankreich und betonte, daß dadurch die gegenseitigen Beziehungen nicht beeinflusst worden seien. Haffi Pascha sprach hierauf über die auswärtige Politik. In allen die Türkei interessierenden Fragen, deren wichtigste die Wahrung der Verfassung und die Integrität des Landes bildeten, verhielten sich alle Mächte gleich wohlwollend. Was Griechenland betreffe, drüde er den Wunsch aus, daß es eine Haltung einnehmen möge, welche den Verdacht zerstreue, daß es sich in der Kretafrage nicht ganz neutral verhalte. Seit einiger Zeit sei eine günstige Neigung hierzu bemerkbar. Die Beschlüsse der christlichen Kreise bedeuteten nicht den Anschluß an Griechenland. Die Konfult der Schutzmächte hätten erst letzten den Mohammedanern erklärt, auch wenn die Mohammedaner den Anschluß an Griechenland wünschten, würde dieser nicht vollzogen werden. Kreta Leinde sich noch immer als Depot in den Händen der Schutzmächte, welche die Souveränitätsrechte der Türkei wahrten. Bezüglich Persiens sagte der Großwesir, die zerrüttete Lage im Innern dieses Landes bilde ein Hindernis für die Grenzregelung. Die Türkei habe keine Absichten auf persisches Territorium.

Zunächst sind es Puschkin, Turgenjew und Gogol, die uns in gediegener deutscher Übersetzung geboten werden. Die Frage einer guten Übersetzung mußte bei dem ganzen Unternehmen naturgemäß eine Hauptrolle spielen. Die russische Sprache ist eine sehr schwere Sprache, und ihr Wesen uns viel fremder und unzugänglicher, wie etwa das der französischen oder englischen. Hier galt es vornehmlich, Schwierigkeiten zu überwinden. Das Ziel mußte folgendes sein: unter absoluter Beibehaltung des spezifisch russischen Charakters die Übersetzung so zu formen, daß sie einem deutschen Leser verständlich, wohlklingend und zwanglos erscheint. Das Ziel ist — nach den bisher erschienenen Bänden zu urteilen — vollauf gelungen. Was die Ausstattung der Bücher anbelangt, so hat der Käufer die Wahl zwischen einer broschürten und einer in Halbpergament oder in Rohseide gebundenen Ausgabe. Eine Luxusausgabe wurde nur für Subskribenten veranstaltet. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Aufmachung der Bücher musterhaft ist. Bei einem Verlag, wie Georg Müller, ist das selbstverständlich.

Von Alexander Puschkins sämtlichen Werken in acht Bänden liegt der fünfte Band vor. Er enthält die Novellen „Dubrowsky“, „Die Hetmanstochter“ und „Bique Dame“ und zeigt uns bereits den Verfasser in seiner ganzen Eigenart, deren edle Romantik mit genügend Realismus durchsetzt ist, um uns für die Handlung sowohl wie für die epische Darstellung gleich sehr zu interessieren. André Billard hat die Novellen übertragen und mit sehr dankenswerten, das Verständnis einzelner Begriffe erläuternden Fußnotenabermehrungen ver-

Grossherzogtum Baden.

Karlruhe, 5. Dezember.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin besuchten gestern vormittag mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise den Gottesdienst in der Schloßkirche. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm hierauf die Meldung des Oberleutnants von Barton gen. von Stedman, Adjutanten der 21. Kavallerie-Brigade, bisher im 1. Badischen Leibdragoon-Regiment Nr. 20, entgegen.

Heute vormittag hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch und des Geheimerrats Dr. Freiherrn von Babo.

Heute nachmittag erhielten die Großherzoglichen Herrschaften den Besuch Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, Regenten des Herzogtums Braunschweig und Seiner Gemahlin Ihrer Hoheit der Herzogin. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin erwarteten die hohen Gäste, deren Ankunft um 4 Uhr 54 Minuten erfolgte, am Bahnhof und geleiteten Höchstselben nach dem Großherzoglichen Schloß, wo Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise Ihre Hoheiten begrüßte und wo der Hofstaat zum Empfang anwesend war. Abends fand Familiendiner im Großherzoglichen Palais statt.

* Zur Notlage im Nebbau.

Die wiederholten Fehlernten, die der Nebbau in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, und insbesondere der nahezu völlige Ernteausfall des Jahres 1910 lassen außerordentliche Maßnahmen zur Unterstützung der in Bedrängnis befindlichen Nebbauern als dringend erforderlich erscheinen. Von Großh. Ministerium des Innern ist deshalb an die Bezirksämter, in denen Weinbau betrieben wird, dieser Tage ein Erlass gerichtet worden, in dem es u. a. heißt: Um einen Überblick zu erhalten über die Art und den Umfang der zu treffenden Maßnahmen haben die Ämter mit tunlichster Beschleunigung den Ausfall des Weinberghes festzustellen, und nach Anhörung der in Betracht kommenden Gemeinden im Benehmen mit dem Bezirksrat und dem zuständigen Landwirtschaftslehrer zu berichten, welche wirtschaftlichen Folgen der Fehlernte für die Lage der Nebbauern voraussichtlich haben wird, und welche Abhilfsmittel notwendig erscheinen. In erster Reihe wird es Sache der Beteiligten sein, sich auf dem Wege der Selbsthilfe, insbesondere mit Hilfe der landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften, über diese Notstandszeit hinwegzubringen. Dann aber ist es auch eine wesentliche Aufgabe der Gemeinden, fördernd und helfend eingzugreifen. Erst in letzter Reihe wird die Staatshilfe in Frage kommen als Ergänzung in den Fällen, wo die Beteiligten ohne eine solche ihre wirtschaftliche Existenz zu erhalten nicht in der Lage wären.

Außer den bereits erwähnten Erleichterungen in der Steuerzahlung ist weiter in Aussicht genommen, einzelnen Gemeinden, deren Bewohner infolge der Mifernten in besonders hohem Maße geschädigt sind, unter günstigen Bedingungen Darlehen zu dem Zweck zu gewähren, daß solche unter gleichen Bedingungen wiederum zu Darlehen an bedürftige und in Not versetzte Einwohner der Gemeinde verwendet werden. Solche Darlehen können wohl insbesondere in Frage, wenn anders die Gelder zur Beschaffung der nötigen landwirtschaftlichen Betriebsmittel zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, Dünger, Futter, Nebsteden, Schädlingsbekämpfungsmittel usw., nicht aufzutreiben sind, aber auch zur Abtragung drückender Verpflichtungen, sofern sonst eine drohende Zwangsvollstreckung nicht abgemindert werden kann. Die Gewährung von Darlehen dagegen an solche Neb-

bauen. Von Iwan Turgenjews sämtlichen Werken in zwölf Bänden liegt der erste Band vor, der außer dem „Vorabend“ den berühmten Roman „Väter und Söhne“ enthält. Turgenjew stand uns „Westeuropäern“ bisher als Schriftsteller an nächsten. Sein eleganter, vornehmer Stil ist darnach angetan, die Lektüre seiner Prosaschriften zu einer leicht-annütigen und angenehmen Genugthuung zu machen. Und doch fehlt seinen Schöpfungen nicht die Tiefe; ihn mit Bourget zu vergleichen, wie das neuerdings geheißen ist, geht keinesfalls an. Er hat in Dr. Otto Buef einen kongenialen Übersetzer gefunden. — Von Nikolai Gogols sämtlichen Werken in acht Bänden sind bereits drei erschienen: 1. und 2. Band, enthaltend „Die Abenteuer Schirichikows“ oder „Die toten Seelen“, und 3. Band mit dem Roman „Mirgorod“. Die Übersetzung liegt in den Händen von André Billard und Th. Comnichau. Als der erste bedeutende Realist der russischen Literatur hat Gogol bahnbrechend gewirkt. Und von diesem Realismus geben die beiden genannten Romane einen vollen Geschmack.

Die deutsche Lesewelt hat allen Anlaß, daß in jeder Hinsicht großartige Unternehmen des Georg Müllerschen Verlags nach Kräften zu fördern. Der Nutzen an Bildung und Unterhaltung, den die Lektüre der russischen Klassiker gewährt, wiegt den ach so billigen „Literaturgenuß“ leichter Modeware bei weitem auf. Wir werden auf die „Meister des russischen Schrifttums“ bei Erscheinen weiterer Bände zurückkommen und namentlich beim Abschluß der einzelnen Gesamtausgaben auf den betreffenden Dichter noch näher eingehen. A.

Todes - Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Bekannten und Freunden mit, daß heute nachmittag unser treubesorgter Gatte und Vater

Herr Spitalverwalter

V. X. Vollmar

Ritter des Ordens vom Zähringer Löwen
langjähriger Bürgermeister der Stadt Pfullendorf

nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist.

Pfullendorf, den 4. Dezember 1910.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen;

Ernst Vollmar, Bürgermeister.

W. 830

Bilder-Einrahmungen

fertigt in bekanntester und billigster Ausführung

Fz. Otto Schwarz, Kaiserstr. 225

Elektr. Maschinenbetrieb.

Telephon 1407

W. 829.2.1

Fango-Kuranstalt

Friedrichsbad

Lokale Fango - Applikationen gegen **Rheumatismus, Gicht, Neuralgien, Ischias**, besonders wirksam zur Resorption alter Exsudate, namentlich bei **chronischen Frauenkrankheiten**.

W. 90.2.2

Großherzoglicher Hoflieferant **Leder - Waren**

Friedrich Bloss

F. Wolff & Sohn's Detail-Parfümerie
Kaiserstr. 104, in Karlsruhe
empfiehlt in großer Auswahl:

Portemonnaie
Tresore
Zigarren-Etuis
Zigaretten-Etuis
Damen-Taschen
Necessaire

Brief-Taschen
Banknoten-Taschen
Visiten-Täschchen
Schreib-Mappen
Reise-Taschen
etc. etc. W. 338

Ziehung garantiert morgen.

In Karlsruhe zu haben bei: Car. Götz, Lotteriebüchse, Hebelstr. 11/15; Gebr. Gühringer, G. u. b. Fr. Ludwig, Michel, Hermann Wolf, Wilh. Dill, Gust. Kichel, Eduard Flügel, Karl Monck, Frz. Haselwänder, Fr. Jarden, Wilh. Oschwald, Fr. Marg. Biersack, Fr. Martins, Willi Schmid, G. Hübener, Wilh. Zimmermann. In Kitzingen bei: Carl Wiedenmann. W. 215.8.8

Nürnberger Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung
der St. Lorenzkirche in Nürnberg.
Ziehung
am 7. und 8. Dezember 1910.

6319 Geldgewinne Mark:

150.000

Hauptgewinne bar ohne Abzug:

50000 M.

20000 M.

10000 M.

etc. etc. etc.

Lose à M. 3.—
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Zu beziehen durch die Generalagentur
Eberhard Fetzer, Stuttgart
Kanzelstrasse 20.

Ausstellung

der Kunstfidereischule des Badischen Frauenvereins.

Die diesjährige Ausstellung der Kunstfidereischule findet im Galeriegebäude, Hans Thomastraße 2, an folgenden Tagen statt:

Samstag	den 3. Dezember	von 11—1	und 2 1/2—5 1/2	Uhr,
Sonntag	„ 4. „	„ 11—1	„ 2 1/2—5 1/2	„
Montag	„ 5. „	„ 11—1	„ 2 1/2—5 1/2	„
Dienstag	„ 6. „	„ 11—1	„ 2 1/2—5 1/2	„

Eintrittsgeld 20 Pfennig.

Zum Besuch derselben erlauben wir uns ergebenst einzuladen.

Karlsruhe, den 29. November 1910.

W. 638.5.5

Der Vorstand der Abteilung I des Badischen Frauenvereins.

GEBR. LEICHTLIN

Zähringerstr. 69

Telephon 48

Papier-, Schreib-, Zeichnen - Materialien- und Kunsthandlung,
Buch- und Kunst-Druckererei.

« Weihnachts-Ausstellung »

Während der Weihnachtszeit sind unsere Geschäftsräume auch an den
Sonntagen geöffnet.

W. 653.3.2

Teleph. 114

Möbelmagazin

Gegr. 1883

Eigene Entwürfe.

Eigene Fabrikation.

vereint. Schreinermeister

eingetr. Genossenschaft mit unb. Haftpflicht

KARLSRUHE i. B.

Amalienstraße 31

Speisezimmer, Herrenzimmer,
Schlafzimmer, Salons, Küchen

Einzelmöbel

Gediegene Ausführung.

Eigene Polsterwerkstätte.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 24

Das Finanzwesen der Stadt Freiburg i. B.

von 1648 bis 1806

I. Band (1648 bis 1700)

von H. H. von Auer, Doktor der Staatswissenschaften.

Preis gebunden M 4.40

Diese verdienstvolle und gründliche Arbeit, die auf der Grundlage genauer Quellenstudien und Urkundenforschungen entstand, ist von besonderem Interesse für Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Finanz- und Steuerbehörden, Verwaltungsbeamte u. Juristen, Nationalökonomien und Politiker, Historiker, Statistiker, Bibliotheken usw. usw.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

20.14 Mannborg- §.91

Harmonium

Modell „Sonata“, mit 11 Registern, hervorragend schön im Ton, Preis 290 M., empfiehlt

Ludwig Schweisgut, Hof., Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4

Hofmöbelfabrik

M. Reutlinger & Co.,

Kaiserstraße 167

Ständige Ausstellung

von

Wohnungs-Einrichtungen

aller

Stilarten und Preislagen.

Anerkannt beste

Leistungen

Weltausstellung Brüssel 1910:

Ehren-Diplom.

W. 798.3.1

20.14 Billige neue §.92

Pianos

zur Ausübung einfacher Hausmusik geeignet, liefert gegen bar zu Mk. 450

Ludwig Schweisgut, Hof., Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4

Kaloderma

zur

Schönheitspflege der Haut

Kaloderma-Gelee

Preis 50 Pfg. und 1.— Mk.

Kaloderma-Seife

Preis 50 Pfg., 3 St. 1.40 Mk.

Kaloderma-Reispuder

Preis 50 Pfg. und 1.— Mk.

Kaloderma-Rasierseife

Preis 1.— Mk.

Vorrätig bei

Luise Wolf Wwe.

Niederlage sämtlicher Parfümerien und Toilettesachen

von F. Wolff & Sohn

4 Karl-Friedrichstr. 4

Ecke Zirkel

W. 328.2.1

Sanitäre Anlagen u. Beleuchtung

Konrad Schwarz

nur Waldstr. 50 Tel. 352

Werkstätte f. Neuanlagen u. Reparaturen bei billig. Berechnung

Großes Lager — Rabattmarken.

Strafrechtspflege.

Ladung.

W. 700.3.2 Nr. 22731. Mosbach.
1. Konrad Reinhard, geboren am 26. November 1885 in Ronfeld, welcher einen letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich nicht gehabt hat.

2. Otto Zimmermann, geboren am 31. Juli 1888 in Schollbrunn, zuletzt daselbst wohnhaft, beide unbekanntem Aufenthaltsort, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in betr. Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B.

Dieselben werden auf Donnerstag, den 9. Februar 1911, vormittags 9 Uhr, vor die Strafkammer des Großherzoglichen Landgerichts zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von den Zivilvorstehenden der Ersatzkommissionen Wertheim und Eberbach über die der Anlage zugrunde liegenden Tatsachen ausgestellten Erklärungen verurteilt werden.

Mosbach, den 30. November 1910.
Der Großh. Staatsanwalt:
Krauß.

Bermischte Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das Seefeldsche Stipendium für einen Studierenden der Rechtswissenschaft, der die Universität bezogen hat, ist in Erledigung gekommen.

Dasselbe ist stiftungsgemäß zunächst für einen Angehörigen der Jacob Seefeldschen Familie und sodann für Söhne hiesiger Bürger bestimmt.

Werber um dieses Stipendium wollen ihre Eingaben nebst Zeugnis über ihre Immatrikulation innerhalb 14 Tagen dahier einreichen.

Baden-Baden, 30. November 1910.
Der Stadtrat.
Fischer. 25hr.

Schreinerarbeiten.

Für den Umbau des Aufnahmegebäudes Offenburg haben wir die Schreinerarbeiten, in 6 Lose geteilt, gemäß Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 in öffentlicher Verdingung zu vergeben.

Die Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe können an Werktagen auf unserem Hochbauamt, Rheinstraße 4, eingesehen werden, woselbst auch die Abgabe der Angebotsformulare erfolgt. Ein Verband der Verdingungsunterlagen findet nicht statt.

Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Schreinerarbeiten“ versehen, bis längstens Montag den 19. d. M., vormittags 10 Uhr, anher einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Offenburg, den 3. Dezember 1910
Großh. Bauinspektion II.